

# Gerechtigkeit für Distomo

## Auch deutsche Aktivisten machen sich für Entschädigungszahlungen an Griechenland stark

Von Anke Stefan, Athen

*Über 100 Menschen haben am Wochenende in Athen für Entschädigungszahlungen Deutschlands wegen der Nazi-Verbrechen demonstriert, darunter auch Aktivisten aus Hamburg.*



Demonstration vor dem Parlament in Athen

Foto: AK Distomo

Vor genau 70 Jahren, am 10. Juni 1944, verübten deutsche Faschisten ein fürchterliches Verbrechen im kleinen griechischen Ort Distomo. Fast die Hälfte der damals etwa 500 Einwohner des nahe Delphi gelegenen Dorfes, insgesamt 218 Männer, Frauen und Kinder, wurden von SS-Truppen ermordet. Die Täter wurden nie strafrechtlich verfolgt, die Opfer und ihre Angehörigen bis heute nicht entschädigt. Und Distomo ist nur einer von vielen Orten in Griechenland, an denen die Nazibesatzer Massaker verübten.

Im Fall Distomo wehrt sich Deutschland bisher erfolgreich gerichtlich gegen alle Forderungen von Opfern und ihren Hinterbliebenen. Eine vom Obersten Gerichtshof beschlossene Pfändung staatlichen

deutschen Eigentums in Athen scheiterte am Veto des griechischen Justizministers. Eine über Italien angestrebte Klage gelangte bis vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, der Deutschland dann Staatenimmunität zubilligte. Doch die Forderungen nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung sind damit nicht verstummt. In Griechenland kümmert sich darum vor allem der Nationalrat für Entschädigungsfragen.

Sein Vorsitzender Manolis Glezos riss im Mai 1941 zusammen mit seinem damaligen Kommilitonen Apostolos Santas die Hakenkreuzfahne von der besetzten Athener Akropolis. Der fast 92-Jährige wurde unlängst als Abgeordneter der Linkspartei SYRIZA ins Europaparlament gewählt und hat bereits angekündigt, sich auch dort in dieser Sache zu engagieren. Auch in der griechischen Bevölkerung wächst angesichts der hohen Staatsschulden und der anhaltenden Krise das Interesse etwa an der Rückzahlung eines Griechenland von den Nazis abgepressten Zwangsdarlehens in Höhe von mehr als 100 Milliarden Euro. Von der einheimischen Regierung werden solche Forderungen jedoch nur sehr zögerlich unterstützt. Erst auf massiven Druck der Opposition wurde im Vorjahr eine Untersuchungskommission eingesetzt, die die Höhe der an Deutschland zu stellenden Forderungen berechnen soll. Das Ergebnis liegt bis heute in verschlossenen Schubladen.

Auch in Deutschland ist die Frage nach einer Entschädigung nicht gerade populär. Trotzdem gibt es auch im Land der Täter Menschen, die sie sich auf die Fahnen geschrieben haben. So reiste anlässlich des Jahrestages des Massakers von Distomo auch in diesem Jahr eine Delegation des 2001 gegründeten gleichnamigen Hamburger Arbeitskreises

nach Griechenland, um den Opfern und ihren Hinterbliebenen ihre Solidarität zu demonstrieren und zu zeigen, »dass nichts vorüber ist«, wie es Martin Klingner ausdrückt.

»Das Thema spielt heute wieder eine größere Rolle als noch vor zwei Jahren«, erläuterte der Rechtsanwalt im Gespräch mit dieser Zeitung. »Damals war die Frustration über die Entscheidung von Den Haag groß, aber das hat sich wieder geändert. Heute sagen die Menschen wieder: Ohne Gerechtigkeit gibt es auch kein Ende.« Klingner sieht denn auch durchaus noch Möglichkeiten. Die in Den Haag festgestellte Staatenimmunität gelte zunächst einmal nur für die Klage in Italien, Griechenland dagegen sei daran nicht gebunden. Hier könne der Justizminister jederzeit die Pfändung deutschen Staatseigentums im Lande anweisen. Und auch Italien lasse derzeit vor dem eigenen Verfassungsgericht prüfen, inwieweit mit dem Haager Urteil die Individualrechte europäischer Bürger verletzt worden seien.

Doch für den Arbeitskreis ist das Thema kein vorwiegend juristisches, sondern vor allem ein politisches. Ihre erste Veranstaltung hatte die 24-köpfige Delegation diesmal in den westlich von Athen liegenden und unter fast 100-prozentiger Arbeitslosigkeit leidenden Werftengürtel geführt. Dort wurden keine Massaker von den Faschisten verübt, doch ihre neuen griechischen Nachfahren sind in der Gegend erschreckend stark. In der rege besuchten Veranstaltung im Sozialzentrum von Perama war man sich deswegen auch einig, dass Antifaschismus und Wiedergutmachung zusammen gedacht werden müssen. Die Neofaschisten der griechischen Partei Goldene Morgendämmerung hätten auch deswegen soviel Zulauf bekommen, weil Faschismus nie richtig aufgearbeitet wurde. Weil die Täter bis heute nicht bestraft und die Opfer nicht entschädigt worden sind.

---

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/935394.gerechtigkeit-fuer-distomo.html>